

Inhaltsverzeichnis

1. Wirtschaftsweise	
2. Siemens	
3. Christoph M. Schmidt	
4. INSM	
5. Wirtschaftsrat der CDU	
6. Ludwig-Erhard-Stiftung	
7. Die Familienunternehmer - ASU	
8. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	
9. Stiftung Familienunternehmen	
10. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR), die sogenannten "**Fünf Wirtschaftsweisen**", hat die Aufgabe, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung - unabhängig - zu begutachten. Er erstellt jährlich ein Gutachten, das Politik und Öffentlichkeit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung informieren soll. Der SVR hat 5 Mitglieder, die auf Vorschlag der Bundesregierung für 5 Jahre berufen werden.^[1] Die Mitglieder des SVR dürfen nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen.^[2] Traditionsgemäß haben bei der Besetzung je eines der Mitglieder der Gemeinschaftsausschuss der deutschen Wirtschaft (auch als Arbeitgeber bezeichnet) und die Gewerkschaften ein Mitspracherecht. Der Rat ist jahrzehntelang von Personen geprägt worden, die gleichzeitig in neoliberalen Netzwerken aktiv waren.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Hauptsitz Im Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden

Gründung 1963

Tätigkeitsbereich Wirtschaftspolitische Beratung der Bundesregierung

Mitarbeiter

Etat

Webadres www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie zum Sachverständigenrat sowie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums	3
2 Compliance-Regeln	3
3 Fallstudien und Kritik	3
3.1 02/2024: Interessenkonflikt von Veronika Grimm	3
3.2 11/2017: Sachverständigenrat fordert Ende des 8-Stunden-Arbeitstages	3
3.3 11/2013: Sachverständigenrat kritisiert die mutmaßliche Verwässerung der Agenda 2010	4
4 Organisationsstruktur und Personal	4
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
6 Einzelnachweise	5

Studie zum Sachverständigenrat sowie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums

In einer [Studie](#) der Otto Brenner Stiftung hat ein Team um den Politikwissenschaftler Dieter Plehwe die personelle Zusammensetzung und inhaltliche Ausrichtung des Sachverständigenrats wie der Beiräte des Finanz- und Wirtschaftsministerium im Zeitraum von 40 Jahren (1982 - 2022) detailliert analysiert. Vermarktlichung, Deregulierung und Sozialstaatsabbau trafen danach stets auf die Zustimmung einer großen Mehrheit der Mitglieder; kritische Stimmen waren und sind bis heute mit weniger als zehn Prozent eine klare Minderheit. Als Ursache für diese wirtschaftswissenschaftliche und -politische Perspektivenarmut machen die Autoren enge Netzwerke der Austeritätsbefürworter:innen aus.

Compliance-Regeln

LobbyControl begrüßt, dass der Sachverständigenrat sich Compliance-Regeln geben will, die dafür sorgen sollen, dass Sachverhalte, die in der Öffentlichkeit den Anschein eines Interessenkonflikts erwecken können, ratsintern offengelegt und diskutiert werden.^{[3][4]} Das Mitglied Veronika Grimm, die besonders viele Nebentätigkeiten ausübt, hat Klage vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden eingereicht, um die Compliance-Regeln für nichtig zu erklären.^[5]

Fallstudien und Kritik

02/2024: Interessenkonflikt von Veronika Grimm

LobbyControl kritisiert Veronika Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt, sollte sie wie geplant am Montag, 26.2.2024, für den Aufsichtsrat von [Siemens Energy](#) kandidieren.^[6] Sie sollte Abstand nehmen von ihrem Vorhaben oder auf ihre Tätigkeit im Sachverständigenrat verzichten. Auch die Vorsitzende Monika Schnitzer sowie die Ratsmitglieder Ulrike Malmendier, Achim Truger und Martin Werding sehen übereinstimmend, dass in dieser Konstellation mögliche Interessenkonflikte bestehen. Diese berührten die Arbeit des Sachverständigenrates in Kernbereichen.^[7] Der anstehende Umbau der Energieversorgung in Deutschland sei von herausragender wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Bedeutung.

11/2017: Sachverständigenrat fordert Ende des 8-Stunden-Arbeitstages

Der Sachverständigenrat hat die Politik aufgefordert, das Arbeitszeitgesetz zu lockern. „Flexiblere Arbeitszeiten sind wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen“, sagte der Vorsitzende [Christoph M. Schmidt](#) der WELT AM SONNTAG. „[...] Die Vorstellung, dass man morgens im Büro den Arbeitstag beginnt und mit dem Verlassen der Firma beendet, ist veraltet.“^[8]

11/2013: Sachverständigenrat kritisiert die mutmaßliche Verwässerung der Agenda 2010

Die fünf Wirtschaftsweisen haben ein vernichtendes Zwischenfazit der bisherigen Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD gezogen. In ihrem Jahresgutachten 2013/14 kritisieren die Ökonomen praktisch alle wichtigen Vereinbarungen, die sich zwischen den mutmaßlichen Bündnispartnern abzeichnen. Dazu zählen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Reform der Ökostromförderung, die Mietpreisbremse sowie bessere Renten für Mütter, Niedrigverdiener und langjährig Beschäftigte.^[9]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

- | | |
|--|---|
| <p>Monika
Schnitzer
(Vorsitzende
)</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Komparative Wirtschaftsforschung, an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) • Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz • Autorin des ÖkonomenBlogs der INSM |
| <p>Veronika
Grimm</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg (UTN) und Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Vorsitzende der Wissenschaftlichen Leitung des Energie Campus Nürnberg • Direktorin des Laboratory for Experimental Research Nuremberg • Mitglied im Wasserstoffrat der Bundesregierung • Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) • Mitglied in der Expertenkommission zum Monitoringprozess "Energie der Zukunft" am BMWK • Mitglied im Zukunftskreis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) • Mitglied im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (BMJV) • Mitglied im Energy Steering Panel des European Academies' Science Advisory Council (EASAC) • Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy • Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsrat der CDU^[10] • Mitglied des Projektbeirats von H2 Potential • Vorstandsmitglied des Zentrums Wasserstoff Bayern (H2.B)^[11] • Mitglied des Beirats von EPICO Klimainnovation • Beiratsmitglied der E.ON Stiftung • Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Kuratoriumsmitglied des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung • Preisträgerin 2024 des „Ordnungspolitische Preises“ des Verbands Die Familienunternehmer^[12] • Vorstandsmitglied der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) |

Mitglieder

- | | |
|-----------------------|---|
| Gabriel
Felbermayr | <ul style="list-style-type: none">• Direktor des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien und Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU)• Gründungspräsident des "Austria Supply Chain Intelligence Institute" (ASCI)^[13]• Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)• Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Familienunternehmen^[14]• Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimapolitik |
| Achim
Truger | <ul style="list-style-type: none">• Professor für Sozioökonomie, Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen, an der Universität Duisburg-Essen• Senior -Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) |
| Martin
Werding | <ul style="list-style-type: none">• Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum• Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)• Leitete die Kommission der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) "Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen", deren Bericht im Juli 2020 veröffentlicht worden ist• Autor des ÖkonomenBlogs der INSM |

(Stand: März 2026) Quelle: ^[15]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Sachverständigenrat-Webseite-Über uns](#) abgerufen am 10.02.2012
2. ↑ § 1 Abs. 3 des "Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung"
3. ↑ Pressekommentar vom 02.10.2024
4. ↑ [Veronika Grimm klagt gegen Compliance-Regeln im Sachverständigenrat](#), wiwo.de vom 02.10.2024, abgerufen am 03.10.2024
5. ↑ [Veronika Grimm klagt gegen Compliance-Regeln im Sachverständigenrat](#), wiwo.de vom 02.10.2024, abgerufen am 03.10.2024
6. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), lobbycontrol.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
7. ↑ [Clinch im Sachverständigenrat](#), tagesschau.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024

8. ↑ [Wirtschaftsweise fordern das Ende des Acht-Stunden-Tags](#) Die Welt vom 12.11.2017, abgerufen am 13.11.2017
9. ↑ [Vernichtendes Zeugnis für Union und SPD](#) Sueddeutsche.de vom 13. November 2013, abgerufen am 14.11.2013
10. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 15.03.2026
11. ↑ [Team](#), h2.bayern, abgerufen am 17.05.2024
12. ↑ [Verleihung des Ordnungspolitischen Preises 2024](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 30.09.2024
13. ↑ [Gabriel Felbermayr](#), wifo.ac.at, abgerufen am 15.03.206
14. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 15.03.2026
15. ↑ [Webseite Sachverständigenrat - Mitglieder](#) abgerufen am 15.03.2026

Siemens

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an [Siemens Energy](#), einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter.^[1]

Siemens

SIEMENS

Rechtsfor Aktiengesellschaft (AG)
m

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie,
sbereich Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründun 1847

gsdatum

Hauptsitz München, Berlin

Lobbybür

o

Lobbybür Avenue des Arts 20, Brüssel

o **EU**

Webadre www.Siemens.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	7
1.1 Siemens AG	7
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	7
2 Fallbeispiele und Kritik	8
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	8
3 Management und Aufsichtsrat	8
3.1 Vorstand	8
3.2 Aufsichtsrat	8
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	8

5 Lobbyisten in Ministerien	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einzelnachweise	10

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert.^[2] Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst - sogenannter „Drehtür-Effekt“](#).

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kuttenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG
- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). LobbyControl kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snabe](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Association of the European Rail Supply Industry \(UNIFE\)](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.](#)
- [BusinessEurope](#)
- [BITKOM](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Collegium](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)

- [DIGITALEUROPE](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Forum for Manufacturing](#)
- [European Policy Centre](#)
- [Energy Solutions](#)
- [EU40 Europe](#)
- [Friends of Europe](#)
- [Kerntechnik Deutschland](#)
- [Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Transatlantic Business Initiative](#)
- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [VDMA](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Verband der Elektro- und Digitalindustrie \(ZVEI\)](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austauschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsministerium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Ein Jahr um 1998 ^[16]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023](#), [siemens.com.de](#), abgerufen am 11.04.2024<
2. ↑ [Politisches Engagement bei Siemens](#), [siemens.com](#), abgerufen am 12.04.2024
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 12.03.2024
4. ↑ [Siemens Energy Aktionärsstruktur](#), [finanzen.net](#), abgerufen am 13.03.2024
5. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), [lobbycontrol.de](#) vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
6. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), [eur-lex.europa.eu](#) vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
7. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), [taz](#) vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
8. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), [finance-magazin](#) vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
9. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
10. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
11. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
12. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
13. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), [Euractive.de](#) vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
14. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), [Le Monde diplomatique](#) vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011

Christoph M. Schmidt

Christoph M. Schmidt (*25. August 1962 in Canberra/Australien), Präsident des [Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung \(RWI\)](#), Fellow 2025 der Konrad Adenauer Stiftung und ehem. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), sitzt im Aufsichtsrat von [BMW](#) und ist Gremienmitglied wirtschaftsnaher Stiftungen. Er ist designierter Präsident der Leibniz-Gemeinschaft. Bis 02 /2020 war Schmidt Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Berufliche Tätigkeiten	11
2 Verbindungen / Netzwerke	11
3 Weiterführende Informationen	11
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
5 Einzelnachweise	12

Berufliche Tätigkeiten

- seit 2002 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI)
- seit 2002 Professor für Wirtschaftspolitik und Angewandte Ökonometrie an der Universität Bochum
- 1995-2002 Professor für Ökonometrie, Alfred Weber-Institut AWI, Universität Heidelberg
- 1995 Habilitation
- 1991-1995 Research Associate / DFG Habilitation fellow, Seminar for Labor and Population Economics (SELAPO) an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Quelle: ^[1]

Verbindungen / Netzwerke

- Leibniz-Gemeinschaft, designierter Präsident^[2]
- [Wirtschaftsrat der CDU](#), ehem. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Konrad Adenauer Stiftung (KAS), Fellow 2025^[3]
- [European Sounding Board on Innovation](#) (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied
- [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI) an der Universität zu Köln (EWI), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
- Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums
- Fritz-Thyssen -Stiftung, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat
- Anita Thyssen Stiftung, Mitglied im Beirat
- [BMW](#), Mitglied des Aufsichtsrats
- NRW.Bank, Mitglied im Beirat
- IKB Deutsche Industriebank AG, Mitglied im Beraterkreis
- Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Vorsitzender des Kuratoriums
- RGS Econ, ehem. Direktor und Vorstandsmitglied

Quelle: ^{[4][5][6]}

Weiterführende Informationen

- Die [Kampagne der INSM und des RWI gegen die Förderung des Ökostroms](#), die die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), das [Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung](#) (RWI) und die FDP im Interesse der Energielobby betrieben, wird eingehend geschildert in dem Buch von Claudia Kemfert: Kampf um Strom - Mythen, Macht und Monopole, Hamburg 2013.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Curriculum Vitae](#), rwi-essen.de, abgerufen am 21.12.2023
- ↑ [Christoph M. Schmidt wird Leibniz-Präsident](#), leibniz-gemeinschaft.de vom 05.12.2025, abgerufen am 03.04.2026
- ↑ [KAS-Fellowship](#), kas.de, abgerufen am 01.04.2026
- ↑ [Kurzprofil](#), rwi-essen.de, abgerufen am 01.04.2026
- ↑ [Curriculum Vitae](#), rwi-essen.de, abgerufen am 21.12.2023
- ↑ [Präsidium](#), acatech.de, abgerufen am 22.12.2023

INSM

Weiterleitung nach:

- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht	eingetragener Verein
sform	
Tätig	Interessenvertretung der
eitsbe	unternehmerischen Wirtschaft
reich	gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ	1963
ungsd	
atum	
Haupt	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz	10117 Berlin
Lobby	
büro	
Lobby	
büro	
EU	
Weba	www.wirtschaftsrat.de
dresse	

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	13
2 Aktivitäten	14
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	15
4 Geschichte	15
5 Fallstudien und Kritik	15
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	15
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	16
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	17
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	18
6 Finanzen	18
7 Zitate	19
8 Organisationsstruktur und Personal	19
9 Mitglieder	26
10 Die Landesverbände	27
11 Netzwerke	28
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	28
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	28
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
13 Einzelnachweise	28

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders

als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. ^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen. ^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns ^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. ^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen ^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro. ^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht. ^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte. ^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. ^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards". ^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen

- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^[31]^[32] als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee

und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet. ^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona. ^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag. ^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann. ^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen. ^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats. ^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. ^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit." ^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden." ^[44] Präsidentin Astrid

Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellte den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“.^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte [Karolin Seitz](#), Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> • SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands

Position	Name	Tätigkeit
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
	Hans Joachim	Union Asset Management Holding AG,

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Reinke	Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC , Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Digitale Transformation	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Plattformökonomie	Albrecht von Sonntag	idealo internet GmbH, Beirat
Steuern	Ulrich Ackermann	KPMG AG, Vorstand Tax
Umwelt- und Klimapolitik	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026) ^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Gero Schulze	Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Digitale Infrastruktur	Valentina Daiber	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate Affairs
Krankenhaus	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO
Medienwirtschaftspolitik	Markus Breitenecker	ProSiebenSat1 Media SE, COO
Pflege	Thomas Eisenreich	Home Instead GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexander Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65]

Mitglieder	Akademische Position
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • "The Pioneer", Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAI), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands

Mitglieder	Akademische Position
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtem öller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan Kooths ^[70]	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre^[71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn ^[72]	<ul style="list-style-type: none"> • Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow^[73]
Jürgen Kühlin g	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan	<ul style="list-style-type: none"> • Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Kolev ^[74]	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Graetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter

oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.

5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023

36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ [Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen](#), München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz - Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), mpisoc.de, abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppeelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), helmholtz.de, abgerufen am 20.03.2026

65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), dpag.org, abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), deutschlandfunk.de vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweise Veronika Grimm](#), deutsches-stiftungszentrum.de, abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), hayek-stiftung.de vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), hayek.de, abgerufen am 19.03.2026
70. ↑ [Curriculum Vitae](#), kooths.de, abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), businessschool.de, abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) wirtschaftsrat.de vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat der staatlich geförderte Verein die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Er ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen er auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Zu ihnen gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender des Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. sowie Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH und der Dussmann KGaA ist.^[1] Die Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats der CDU, Bettina Würth, ist Mitglied des Vereins.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsform e.V.
m

Tätigkeitsbereich Wirtschaftsnahes Netzwerk zur Verbreitung marktliberaler Ideen

Gründungsdatum 1967

Hauptsitz Bonn

Lobbybüro
o

Lobbybüro EU
o

Webadresse www.ludwig-erhard-stiftung.de

se

Die Veranstaltungen des Vereins bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessen geleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Der Lobbyverein, der lange Zeit keine Einzelheiten seiner Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit des Vereins "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[2] Das bedeutet, dass der Verein bereits damals aufgrund seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung gefördert worden ist.

Zu den Mitgliedern des Netzwerks gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft (Forum) 2023 mit einer Anschubfinanzierung gefördert hat.^{[3][4][5]} Das Ministerium hat im Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 der Ludwig-Erhard-Stiftung für das Vorhaben „Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft“ als Projektförderung eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt, die für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 gilt. Gleichzeitig beklagt der Verein, "dass Erfolg ohne Staatszuschuss in Deutschland nicht mehr möglich ist".^[6] Das Forum ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden.^[7] (Zu weiteren Einzelheiten der Förderung vgl. den Abschnitt "Finanzen", "Projektzuschüsse")

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	33
2 Aktivitäten	33
3 Türöffner für Lobbyist:innen	34
4 Personelle Verflechtungen	34
4.1 CDU und nahestehende Institutionen	35
4.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	35
4.3 Sonstige	35
5 Organisationsstruktur und Personal	36
5.1 Vorstand und Geschäftsführung	36
5.2 Mitglieder	37
5.3 Freundeskreis	38
6 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	38
6.1 Aktivitäten	38
6.2 Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network	39
6.3 Leiter und Kuratorium	39
6.4 Kooperationspartner	40
6.5 Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung	40
7 Kooperationen	40
7.1 Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände	40
7.2 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	41
7.3 Wirtschaftsrat der CDU	41
7.4 Konrad-Adenauer-Stiftung	41
7.5 Friedrich-Naumann-Stiftung	41
7.6 Die Familienunternehmer	41
7.7 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	42

8 Finanzen	42
8.1 Allgemein	42
8.2 Kapitalstock	42
8.3 Projektzuschüsse	43
9 Zitate von Müller-Armack	43
10 Weiterführende Informationen	44
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
12 Einzelnachweise	44

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Verein vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach seiner Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[8] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Der Vorstandsvorsitzende Roland Koch nimmt die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr und lehnt staatliche Eingriffe ab: „Statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, macht die Politik kleinteilige Vorgaben.“^[9]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Der Verein gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kamingsgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungszugriffe klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[10] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[11] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. Haupt-geschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), ehem. CDU-Politikerin
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, die den Verein seit Jahren fördert.^[12]
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen, Mitglied des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Zukunftsrates des Verbandes der Sparda-Banken e.V.
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Quelle: ^[13]

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Türöffner für Lobbyist:innen

Am Mittwoch, 8. November 2023, von 18 Uhr bis 19 Uhr, sprach Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, stv. Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung mit Dr. Christian Ehler MdEP, EVP-Koordinator im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüros Brüssel des [Verbandes der Chemischen Industrie](#) zum Thema „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“ Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war auf Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie auf Mitglieder des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung beschränkt.^[14]

Am 23. Januar 2024 fand die erste Veranstaltung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft zur Bedeutung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im HessenChemie Campus statt.^[15] Teilnehmer waren u.a.: Oliver Coenenberg, Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident, Heiko Kasseckert, MdL/CDU und [Roland Koch](#), Präsident der Ludwig-Erhard-Stiftung, Präsidiumsmitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#). Coenenberg betonte, wie essenziell es sei, von seiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen.

Am Montag, 27. Januar 2025, 17:30 Uhr – 18:30 Uhr, spricht Dr. Joachim Seeler, Stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, mit Hildegard Müller, Präsidentin des [Verbandes der Automobilindustrie](#), über „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“.^[16] Zu den eingeladenen Mitgliedern gehören auch Spitzenpolitiker.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- AGA Unternehmensverband Hamburg (Volker Tschirsch: Hauptgeschäftsführer)
- [Wirtschaftsverband Deutsches Aktieninstitut](#) Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und [Randolf Rodenstock](#): frühere Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“; Volker Wieland: Mitglied "Kronberger Kreis")
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#)/FDP-Politiker: Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums), Cornelia Woll: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)

- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Februar 2026)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023) Weiterhin ist er Mitglied des Verwaltungsrats der [American Chamber of Commerce in Germany](#)^[17]

Stellvertretende Vorsitzende:

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Initiatorin von [Unternehmer in Bewegung](#), Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest, Vorstandsmitglied der Finanzplatzinitiative Hamburg e.V.
- Linda Teuteberg, Senior Advisor bei der Lobby-Agentur [FGS Global](#)^[18], ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1^[19]
- Volker Wieland, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie, Geschäftsführender Direktor des [Institute for Monetary and Financial Stability](#), Mitglied des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied im „Hessischen Zukunftsrat Wirtschaft“
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), seit 2024 Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium der Finanzen. Zuvor war er in verschiedenen Research-, Strategie- und Leitungsfunktionen für die Deutsche Bank AG, die Linde AG und die Deutsche Börse AG tätig

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Er ist weiterhin Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Mitglieder

Laut Lobbyregister hatte der Verein am 31.12.2023 86 Mitglieder (ausschließlich natürliche Personen). Bei den [hier](#) abrufbaren Mitgliedern^[20] handelt es sich zu einem großen Teil um Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- [Bettina Stark-Watzinger](#) (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Ursula Heinen-Esser](#), CDU-Politikerin und Lobbyistin über die [Heinen-Esser EH Strategische Beratung](#) und als Unterauftragnehmerin für [EUTOP](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater des damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Volker Wieland](#), Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt, Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Luise Hölscher](#), Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- [Hans-Werner Sinn](#), ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- [Veronika Grimm](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- [Joachim Nagel](#), Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Burkhard Balz](#), Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- [Jens Weidmann](#), ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)

- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

Freundeskreis

Der Freundeskreis bestand am 31.12.2022 aus 364 Einzelpersonen, Firmen und Körperschaften.^[21] Der Jahresmindestbeitrag beträgt 100 Euro.

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Aktivitäten

Im August 2022 ist das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) (LEF) mit Sitz in Berlin auf Initiative der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gegründet worden.^{[22][23]} Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Über das Forum sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden.

Laut Webseite gibt es die folgenden [Formate](#):

- [Zivilisierte Provokation](#) Mit dieser Formatreihe wird geladenen Gästen Raum zur inhaltlichen Provokation geboten, welche anschließend gemeinsam mit dem Publikum aufgegriffen und debattiert wird.
- [Konferenz zur Aktualität der Ordnungsökonomik](#)
- [LEF Academy](#)
- [LEF LAB](#). Ziel ist es, Impulse für die Forschungsarbeit zu sammeln
- [Kooperationen](#):: [#Leipzig Colloquium](#), [#Erfurter Doktorandenseminar](#)

Das Leipzig Colloquium wird vom Forum-Leiter Stefan Kolev und Andreas Hoffmann, Senior Manager bei [Ernst & Young](#) sowie Referent beim Hayek-Kreis der Friedrich Naumann Stiftung^{[24][25]} organisiert.^[26] Partner sind: Ludwig Erhard Forum, [NOUS](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Am 12.12. 2024 referierte [Peter J. Boettke](#) zum Thema "Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises".^[27] Boettke ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und Philosophie an der George

Mason University sowie Direktor des „F. A. Hayek Program for Advanced Study in Philosophy, Politics, and Economics“ am Mercatus Center an der George Mason University. Die [George Mason University](#) und ihr Mercatus Center werden von dem libertären Ölmilliardär [Charles G. Koch](#) sowie von Personen und Stiftungen aus seinem Umfeld finanziert und gesteuert wird. 2005 war Boettke Charles Koch Distinguished Alumnus, von 2016-2018 Präsident der [Mont Pelerin Society](#). Er ist Mitglied von [NOUS](#) und des Wissenschaftliche Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), das den Klimawandel leugnet.

Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network

Das Forum hat im Rahmen der „Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau - Eine Blaupause für die EU-Kommission und die kommende Bundesregierung“ gemeinsam mit [Prometheus](#) und dem European Policy Information Center ([EPICENTER](#)) ein Impulspapier verfasst.^[28] Das Papier ist eine Antwort auf den Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (The Future of European Competitiveness). Im Papier werden Handlungsempfehlungen für eine innovationsfreundliche und bürokratiearme Wirtschaftspolitik in Europa formuliert, sowohl an die neue EU-Kommission als auch die kommende Bundesregierung.^[29] In dem Papier wird z.B. empfohlen: „Daher sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die das Funktionieren der Energiemärkte betreffen, den Schwerpunkt auf die Förderung des Wettbewerbs und den Abbau unnötiger Regulierung legen. Es ist notwendig, alle Preisregulierungen und Preiskontrollen sowohl auf den Großhandels- als auch den Einzelhandelsmärkten für Strom und Gas schrittweise abzubauen. Förderprogramme für erneuerbare Energien und andere spezifische Technologien sind zu prüfen und sind spätestens einzustellen, sobald diese Technologien wirtschaftlich konkurrenzfähig geworden sind.“^[30] Bei der Einwirkung des Forums auf die europäische Gesetzgebung handelt es sich um staatlich (mit-)finanzierte Lobbyaktivitäten (vgl. Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Im [EPICENTER](#) kooperieren europäische Partner des [Atlas Network](#) - unter ihnen [Prometheus](#), von denen einige Zweifel am menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen verbreiten. 2023 ist [EPICENTER](#) mit dem [2023 Europe Liberty Award](#) des [Atlas Network](#) ausgezeichnet worden. Großspender von [EPICENTER](#) sind die Swedish Free Enterprise Foundation und die Confederation of Swedish Enterprise.

Am 28. Januar 2025 gab es zur Kampagne eine Podiumsdiskussion mit [EPICENTER](#) und der Friedrich Naumann Stiftung, deren Kuratoriumsmitglied Forum-Leiter Stefan Kolev ist, als Co-Veranstalter.^[31]

Leiter und Kuratorium

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^[32] Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#).^[33] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[34] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[35]

Kooperationspartner

Zu den Kooperationspartnern gehören nach eigenen Angaben: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V., [NOUS](#), [Walter Eucken Institut](#), Wilhelm Röpke Forum und [Zentrum Liberale Moderne](#)^[36]

Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Gründung des Forums wurde durch eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich. Im Antrag auf Förderung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung hat die Ludwig Erhard Stiftung das Vorhaben wie folgt beschrieben: Die Aktivitäten des Forums reichten von der Politikberatung bis zur allgemeinen Wissensvermittlung. Im wissenschaftlichen Austausch mit Experten und Interessengruppen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden Konzepte und Strategien erarbeitet, die Grundlage für die politische Beratungstätigkeit sowie des Wissenstransfers in die breite Öffentlichkeit seien. ^[37] In der Ludwig Erhard Stiftung sind ausschließlich Interessengruppen der Wirtschaft und wirtschaftsnahe Experten vertreten, die in vielen Fällen auch Gutachten für Lobbyorganisationen erstellen. Der Vorstandsvorsitzende [Roland Koch](#) beschreibt seinen Auftrag als Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH im [Lobbyregister](#) wie folgt: „Allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten“. Die Ludwig Erhard Stiftung und ihr Forum bietet Wirtschaftsverbänden und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Sicht von Wirtschaft und Gesetzgebung Politikern und der Öffentlichkeit nahezubringen, ohne dass ein Lobbybezug sofort zu erkennen ist. Diese Aktivitäten werden sogar staatlich gefördert.

Kooperationen

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft (LEF) ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden. ^[38] Auf der ersten Veranstaltung des LEF, die am 23.01.2024 im HessenChemie Campus stattfand, betonte Oliver Coenberg (Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident), wie essenziell es sei, vonseiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen. ^[39] Am 11.02.2025 findet eine Veranstaltung „KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?“ der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, der ODDO BHF und der Ludwig-Erhard-Stiftung statt. ^[40]

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[41] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionssteilnehmern^[42]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung e.V., Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung e.V., Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und der Verein bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[43] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[44] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[45]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[46] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[47] Das Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung steht seit 2015 unter der Schirmherrschaft des Vorstandsvorsitzenden Roland Koch.^[48]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. und der Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[49] Stefan Kolev, Leiter des Ludwig Erhard Forums, ist Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag des Vereins und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis,

dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO₂-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO₂-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO₂ zu finden.“^[50]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#).^[51]

Finanzen

Allgemein

Die Mittel für die Aktivitäten der marktliberalen Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. sollen durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister im April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.^[52] Der nach § 15 der [Satzung](#) aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. detailliert beschrieben wird.

2023 lagen die Zuwendungen der öffentlichen Hand zwischen 390.001 und 400.000 Euro (Bundesministerium für Bildung und Forschung), die Schenkungen und sonstigen lebzeitigen Zuwendungen insgesamt zwischen 420.001 und 430.000 Euro und die Mitgliedsbeiträge zwischen 20.001 bis 30.000 Euro.^[53]

Kapitalstock

Laut [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) hat der Verein einen Kapitalstock in Höhe von 6 Mio. Euro, der auf eine Zuwendung des Bundes (Bundewirtschaftsministerium) aus dem Bundeshaushalt 1989 zurückgeht. Die Zuwendung erfolgte unter der Voraussetzung, dass von dritter Seite – also aus privaten Spenden – ein Betrag von mindestens gleicher Höhe erbracht wird. Diese Bedingung wurde erfüllt. 1989 war Helmut Kohl (CDU) Bundeskanzler und Helmut Haussmann (FDP) Bundeswirtschaftsminister. Die Mitgliederversammlung hat am 02.10.2003 dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 1.123.556,24 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Sie hat am 27.06.2008 dem Vorschlag des damaligen Schatzmeisters, Martin Grüner, über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 500.000,00 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Der FDP-Politiker war bis 1990 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und zuletzt im Bundesumweltministerium und danach von 1997 bis 2014 Schatzmeister des Vereins.

Projektzuschüsse

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[54] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung danach Bundeszuschüsse erhalten hat. Bekannt ist, dass sie im Jahr 2022 aufgrund eines Kooperationsvertrags vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 124.828,34 Euro gefördert wurde.^[55]

Im Dezember 2021 ist Bettina Stark-Watzinger (FDP), die Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. ist, Bundesministerin für Bildung und Forschung geworden. Am 30. November 2022 hat die Stiftung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung den Antrag gestellt, die Gründung des **Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft** zu fördern. Mit Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 hat das Ministerium der Stiftung für dieses Vorhaben eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt.^{[56][57][58]} Die Zuwendung für dieses Projekt soll wie folgt zur Verfügung gestellt werden: 400.000 Euro im Haushaltsjahr 2023, 410.578,72 Euro im Haushaltsjahr 2024. Nach Angaben des Ministeriums ist Grundlage für die Förderung, deren Notwendigkeit nicht erläutert wird, der Beschluss des Haushaltsausschusses vom 19. Mai 2022.^[59] Dieser habe im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens auf Antrag der AG Haushalt der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17. Mai 2022 für das Jahr 2022 bestimmt, dass das genannte Vorhaben der Ludwig-Erhard-Stiftung gefördert werden soll. In dem Antrag wird die Förderung wie folgt begründet: "Das „Ludwig Erhard Forum für Politik und Wissenschaft“ soll die Bestrebungen verstärken, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als besondere Form einer friedentiftenden Gesellschaftsordnung in der internationalen Wirtschaftswissenschaft besser zu verankern."^[60] Die Sitzungen des Haushaltsausschusses sind nicht öffentlich; Sitzungsprotokolle und Ausschussdrucksachen sind nicht für eine Veröffentlichung bestimmt. Es bleibt somit unklar, ob und von welchen seiner Mitglieder weitere Gründe für die Förderung vorgetragen worden sind. Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss, ist ebenfalls Mitglied der Ludwig Erhard Stiftung. Welche Akteure aus der Politik und/oder dem Ministerium sich für die Förderung des Ludwig-Erhard-Forums eingesetzt haben, ist nicht bekannt. In einer Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024 erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass Bundesministerin Stark-Watzinger „an keiner Stelle in dem genannten Förderprozess beteiligt war“.^[61]

Im Jahr 2023 erhielt die Stiftung laut [Lobbyregister](#) die folgenden Projektzuschüsse:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung 390.001 bis 400.000 Euro
- Heinz Nixdorf Stiftung: 320.001 bis 330.000 Euro
- dm-Werner-Stiftung: 50.001 bis 60.000 Euro

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[62]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf](#), roland-koch.de, abgerufen am 05.05.2024
2. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
3. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Das süße Gift der Subventionen bleibt ein Gift!](#), ludwig-erhard.de vom 01.09.2023, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
8. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
9. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
10. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
11. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), stiftung-westfalen.de, abgerufen am 06.05.2024
13. ↑ [Die Stiftung - Auszeichnungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 06.05.2024
14. ↑ [LES-Exklusiv: „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“](#), ludwig-erhard.de vom 08.11.2023, abgerufen am 26.01.2025
15. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025

16. ↑ [LES-Aktuell - „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.01.2025
17. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
18. ↑ [Teuteberg wird Senior Advisor bei FGS Global](#), politik-kommunikation.de vom 02.03.2026, abgerufen am 04.03.2026
19. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
20. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
21. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
22. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
23. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
24. ↑ [Andreas Hoffmann](#), de.linkedin.com, abgerufen am 06.02.2025
25. ↑ [Festschrift fünf Jahre Hayek-Kreis Referenten](#), freiheit.org, abgerufen am 06.02.2025
26. ↑ [Contact](#), leipzigcolloquium.de, abgerufen am 06.02.2025
27. ↑ [#LeipzigColloquium: “Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises”](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.02.2025
28. ↑ [Unsere Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 10.02.2025
29. ↑ [Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
30. ↑ [Gross Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
31. ↑ [Presseauftritt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 11.02.2025
32. ↑ [Team](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 07.08.2024
33. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
34. ↑ [Speakers](#), mposlo.org, abgerufen am 27.08.2022
35. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023
36. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
37. ↑ [Vorhabenbeschreibung](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 04.08.2024
38. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
39. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
40. ↑ [KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 04.01.2025
41. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
42. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
43. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
44. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
45. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
46. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
47. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
48. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024

49. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
50. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
51. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
52. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
53. ↑ [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.04.2024
54. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
55. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
56. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
57. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
58. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
59. ↑ [Frag den Staat Kooperationsvertrag mit der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 15.07.2024
60. ↑ [Antrag AG Haushalt der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.05.2022](#) Arbeitsunterlage für die Sitzung am 19. Mai 2022 TOP 31, Ausschussdrucksache: 1254
61. ↑ [Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024](#), bundesregierung.de, abgerufen am 18.07.2024
62. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Die Familienunternehmer - ASU

Weiterleitung nach:

- [Die Familienunternehmer](#)

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)** ist ein Thinktank, der sich als nationales Netzwerk für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik versteht. Zu den Mitgliedern der DGAP zählen sowohl natürliche Personen als auch Unternehmen. ^[1]

Die DGAP finanziert sich neben Projektmitteln und Bundeszuschüssen maßgeblich durch den Fördererkreis. Zu den Förderern gehören auch Unternehmen der Rüstungswirtschaft. ^[2]

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Rechtsform Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Forschung zu Außen- und Sicherheitspolitik
Gründungsdatum 1955
Hauptsitz Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro
EU

Das Präsidium der DGAP besteht u.a. aus aktiven und ehemaligen Politiker:innen. Die DGAP agiert somit als Forum, in welchem exklusive Treffen zwischen Politiker:innen sowie Vertreter:innen der (Rüstungs-)Wirtschaft ermöglicht werden.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Webadresse www.DGAP.org

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Aktivitäten	47
2 Struktur und Finanzen	47
2.1 Vorstand	47
2.2 Präsidium	48
2.3 Mitglieder	48
2.4 Finanzierung	48
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	48
4 Fallbeispiele und Kritik	49
4.1 Lobbyisten in Ministerien	49
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
6 Einzelnachweise	49

Kurzdarstellung und Aktivitäten

Die DPAG unterhält ein eigenes Forschungsinstitut mit außenpolitischen ExpertInnen, das jährlich zahlreiche Studien und Analysen zu aktuellen außenpolitischen Themen veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt sie die einzige öffentlich zugängliche Bibliothek zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gibt die Zeitschrift "Internationale Politik" (IP) heraus. Unter Beteiligung von hochrangigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft organisiert und moderiert sie in zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen die Diskussion außenpolitischer Themen

Im Rahmen von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Kamingespräche erhalten die Mitglieder der DGAP Gelegenheit, sich mit hochrangigen Entscheidern aus dem In- und Ausland über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik auszutauschen..

Struktur und Finanzen

Vorstand

- Präsident: **Thomas Enders**, ehem. Vorstandsvorsitzender von Airbus ^[3]^[4]
- Vizepräsident: **Rolf Nickel**, ehm. dt. Botschafter in Polen

- Schatzmeister: [Georg Waldersee](#)
- [Jutta von Falkenhausen](#)
- [Carsten Berger](#)
- [Geraldine Schroeder](#)
- [Daniela Schwarzer](#)
- [Veronika Grimm](#)

Präsidium

- [Jürgen Hardt](#)
- [Wolfgang Ischinger](#)
- [Eckart von Klaeden](#)
- [Elmar Brok](#) (ehem. Mitglied)
- [Alexander Graf Lambsdorffs](#)
- [Joachim Lang](#)
- [Anja Langenbacher](#)
- [Claudia Nemat](#)
- [Christopher von Oppenheim](#)
- [Norbert Röttgen](#)
- [Jürgen Trittin](#)
- [Nathalie Tocci](#)
- [Johann Wadephul](#)

Der vollständige Liste des Vorstands und des Präsidiums sind hier ^[5] abrufbar.

Mitglieder

Bei der DPAG gibt es persönliche Mitgliedschaften sowie Mitgliedschaften für Unternehmen, Institutionen, Journalisten und Botschaften. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt bei über 2.500. (Stand: Ende 2014). Zu den Großspendern (Spenden mit über 100.000 Euro) gehören [Airbus](#), das Auswärtige Amt, die [BMW Stiftung](#) [Herbert Quandt](#), die [Robert-Bosch-Stiftung](#), die [Deutsche Bank](#), die [Dr. Arend Oetker Holding](#) und die [Otto Wolff Stiftung](#).

Finanzierung

Die Arbeit der DGAP wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finanziert.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die DPAG ist Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN). Gemeinsam mit dem Initiativkreis Zukunft (IKZ) der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#) und den Young Leaders des [Förderkreises Heer](#) organisiert sie die Veranstaltungsreihe „Berliner Querschuss“.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Die DGAP hatte einen Mitarbeiter im Außenministerium.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	03.10.2008 - 17.08.2011 ^[7]
Mitarbeiter	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz Deutsche Botschaft Hanoi, Tätigkeit als Leiter des Wissenschaftsreferates der Botschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [DGAP-Präsidium](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
2. ↑ [Fördererkreis der DGAP](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
3. ↑ [Thomas Enders](#) helsing.ai, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ [Ex-Airbus-CEO Enders soll Aufsichtsratschef werden](#) handelsblatt.com, abgerufen am 18.01.2024
5. ↑ [Die Organe der Gesellschaft](#), dgap.org, abgerufen am 17.01.2024
6. ↑ [IKZ Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
7. ↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008

Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten

Stiftung Familienunternehmen und Politik



Rechtsform Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts
Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen

deutschen Familienunternehmen" getragen.^[1] Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.^[2] Hierzu gehören beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.^[3] Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.^[4] Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Stiftung Familienunternehmen und Politik

Gründungsdatum 2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)
Hauptsitz Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)
Lobbybüro Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin
Lobbybüro EU
Webadresse familienunternehmen.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"	51
2 Definition von Familienunternehmen	51
3 Lobbystrategien und Einfluss	52
3.1 Aktivitäten	52
3.2 Projekte	52
3.3 Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)	52
3.4 Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer	53
3.5 Einfluss in der Wissenschaft	53
4 Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP	54
5 Erbschaftsteuer	54
5.1 Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer	55
5.2 Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016	56
6 Organisationsstruktur und Personal	57
6.1 Vorstand und Geschäftsführer	57
6.2 Kuratorium	57
6.3 Wissenschaftlicher Beirat	58
6.4 Förderkreis	58

7 Finanzen	59
8 Weitere Informationen	59
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
10 Einzelnachweise	60

"Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut [Satzung](#) besteht der Zweck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer [Satzung](#) ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstandes oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

Definition von Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: ^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Im [Lobbyregister](#) wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.“

Die bekannteste Veranstaltung ist der [Tag des Familienunternehmens](#), der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Projekte

Zu den im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer
- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

Im [EU Transparenzregister](#) wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting

Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das [European Forum for Family Businesses](#) dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.^{[6][7]} Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstaatsministers Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.^[8] Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen^[9]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt.^[10] Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.^{[11][12][13]}

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.^[14]
^[15]

Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.^[16] Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“^[17]

Erbschaftsteuer

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.^[18] Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im [Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12](#), Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“^[19]

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.^[20] Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündige am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.^[21] Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.^[22] Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen“ vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“^[23]

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und

Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.^[24] Zur Begründung heißt es u.: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“^[25]

Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

Im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier [Ist die Erbschaftsteuer ungerecht?](#) wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#) auf die Argumente der Lobby ein.^[26] Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär*innen und Milliardär*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.
- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[27] Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.^[28] ^[29]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[30] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[31] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.^{[32][33]} Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.^{[34][35]} Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.^[36] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert^[37] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."^[38]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.^[39] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.^{[40][41]}

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.^[42] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erben oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer [Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023](#) erläutert.

Organisationsstruktur und Personal

Stifter im Sinne der [Satzung](#) ist ihr Gründer [Brun-Hagen Hennerkes](#). Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.^[43]

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

Vorstand und Geschäftsführer

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte^[44]
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des [Wirtschaftsforums](#) der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: ^[45]

Kuratorium

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.^[46] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. [Hans-Peter Friedrich](#) (CSU) und [Günther Oettinger](#) (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)^[47]:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- [Udo di Fabio](#), Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.
- [Clemens Fuest](#), Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#), Verfasser der Studie [Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021](#) für die Stiftung Familienunternehmen
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Hans-Werner Sinn, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), ehem. Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#). Bei der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#) Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“^[48]. Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.^{[49][50]} Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.^{[51][52]}
- Kay Windthorst, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Förderkreis

Laut [Satzung](#) können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen
- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.^[53] Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.^[54] Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören

- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.^[55] Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist [hier](#) abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich [hier](#). Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.^[56]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.^[57] Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.^[58] Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace^[59] hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut [Gewinn- und Verlustrechnung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

Weitere Informationen

- [„Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025](#)
- [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025](#)
- [Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025](#)
- [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025](#)
- [Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025](#)
- [Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023](#)

- [Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022](#)
- [Erbschaftsteuer – Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Transparenz verpflichtet](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ [Definition von Familienunternehmen](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke](#), abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024](#), abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitenwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
16. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ [Verfassungswidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche](#), finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ [Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer](#), gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ [Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher](#), zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ [Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben](#), merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025

22. ↑ [Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall](#), tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ [Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [Pressemitteilung](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ [Jahresgutachten 2025, Ziffer 433](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#), finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobbyenschlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
41. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ [Prof. Rainer Kirchdörfer](#), hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ [Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn](#), thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025

49. ↑ [Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht](#), [ubermedien.de](#) vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ [Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn, in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik](#), [claudiakemfert.de](#), abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ [Wissenschaftler kritisieren Studie scharf](#), [wiwo.de](#) vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ [Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat](#), [wiwo.de](#) vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
54. ↑ [Lobby für Superreiche?](#), [tagesschau.de](#) vom 25.09.2025, abgerufen am 19.10.2025
55. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Arbeitgeber
Gründungsdatum <text>
Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro <text>

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	63
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	63
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	63
1.3 Wettbewerb Starke Schule	63
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	64
2 Fallstudien und Kritik	64
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	64
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	66
3 Organisationsstruktur und Personal	66
3.1 Mitgliedsverbände	66
3.2 Hauptgeschäftsführung	67
3.3 Präsidium	68
3.4 Vorstand	69
4 Finanzen	70
5 Kurzdarstellung und Geschichte	70
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	71
7 Einzelnachweise	71

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [Businesseurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[5] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „*dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben*“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „*Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten - und das ist zweifelsfrei möglich.*“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „*wirkungslos*“.^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum^[6] zeigt detailliert, dass die BDA „*massiven Einfluss*“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten [Ingo Kramer](#) und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger [Rainer Dulger](#). Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, [Steffen Kampeter](#) zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer **Kampeter** war häufig an den Gesprächen mit **Merkel** und **Altmaier** beteiligt. **Kampeter** war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link).^[6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der **Seitenwechsler** und CSU-Politiker **Hans Michelbach**, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen.^[7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich [hier](#).

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem **BDI**, dem **HDE** und dem **DIHK** forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte.^[4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals.^[6] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[9]

• **Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „*machbar*“ und „*angemessen*“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „*Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outgesourced werden [könne]*“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, „*dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.*“

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben.^[10] Dem Bericht „*Inside Job*“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen,

jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert.^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlags (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch „*Schwachstellen und Schlupflöcher*“, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichtersteller Axel Voss (30/03/2022).^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten.^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#)).^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer • **CDU**, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im **Bundesfinanzministerium**) seit 07/2016

Peter Clever

- **Bundesagentur für Arbeit**, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: [\[18\]](#)

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH • Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident • Gesamtmetall, Vizepräsident • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied • Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none"> • BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post AG](#)), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW AG](#)), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW AG](#)), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens AG](#)), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank AG](#)), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler AG](#)) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom AG](#)), Andreas Schmiege (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG AG](#)), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann Ehrenpräsident • ehem. Vorstandsvorsitzender [Sauer-Danfoss Inc.](#)

Dieter Hundt Ehrenpräsident • Aufsichtsratsvorsitzender [Allgaier Werke GmbH](#)
• [BusinessEurope](#), Vizepräsident
• [Landesbank Baden-Württemberg](#), Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: ^[19]

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. ^[20]

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer • [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), Präsident

Marie-Luise Dött • [CDU](#), Mitglied des Bundestages
• [Bund Katholischer Unternehmer \(BKU\)](#), Vorsitzende
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin

Rainer Dulger • [Gesamtmetall](#), Präsident

Ernst Fischer • [Deutscher Hotel- und Gaststättenverband \(DEHOGA\)](#), Präsident

Alfred Gaffal • [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#), Präsident

- Rüdiger Grube
 - [Deutsche Bahn AG](#), Vorstandsvorsitzender
- Otto Kentzler
 - [Zentralverband des Deutschen Handwerks \(ZDH\)](#), Präsident
- Arndt G. Kirchhoff
 - [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), Präsident
- Ingo Kramer
 - BDA Präsident
- Peter Kurth
 - [Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft \(BDE\)](#), Präsident
- Kurt J. Lauk
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#), Präsident
- Arend Oetker
 - Geschäftsführender Gesellschafter [Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG](#)
- Walther Otremba
 - [Bundesverband Briefdienste](#), Vorsitzender
 - ehem. Beamteter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Botschafter
- Randolf Rodenstock
 - Geschäftsführender Gesellschafter [Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#)

(Stand: November 2013) Quelle: ^[21]

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament.^[22]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt.^[23] Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet.^[24] Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur, Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
- ↑ ^{2,02,1} Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
- ↑ ^{4,04,1} Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{5,05,1} Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ ^{6,06,16,2} Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Pressestatement vom 11.06.2021 lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“ taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{10,010,1} Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften correctiv.org vom 22.02.2022
- ↑ ^{11,011,1} Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss [RSB] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. von [business & human rights resource center](#) business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
- ↑ Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency europa.eu](#), n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung."](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8